



Kriegszeiten sind Zeiten innerer und äußerer Mobilisierung. CDU-Politiker Philipp Amthor fordert mehr Patriotismus. Doch zu welchem Nutzen? Von Norbert Wohlfahrt und Johannes Schillo

Im Shitstorm

2 Mieter und Umweltschützer: Heizungs-gesetz unsozial und klimaschädlich. Siehe Kommentar Seite 8

Im Klammergriff

3 Peru: Rechte Putschregierung setzt auf internationale Anerkennung. Von Frederic Schnatterer

Im Weißkittel

5 Apothekerstreik gegen niedrige Pauschalen und Lieferengpässe bei Medikamenten

Im Niedergang

6 Tunesien weist EU-Erpressung bei Flüchtlingsabwehr zurück. Doch wirtschaftlich geht es bergab



Das Regierungskomitee für Friedens- und Freiheitsinvestitionen am Mittwoch auf der Bundespressekonferenz mit der Sicherheitsbroschüre in Händen

Am Mittwoch beschloss das Bundeskabinett erstmals eine »Nationale Sicherheitsstrategie«. Auf einer Pressekonferenz in Berlin stellten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und vier Ministerinnen und Minister anschließend eine 76seitige Broschüre unter dem Titel »Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland« vor. Das Dokument folgt inhaltlich der »Zeitenwende«-Rede, die Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag hielt. Die Bundesrepublik ist demnach Opfer neuer weltpolitischer Bedrohungen und Feinde, ihre eigene Teilnahme an völkerrechtswidrigen Kriegen und der Aufmarsch der Bundeswehr in Osteuropa in den vergangenen drei Jahrzehnten wird nicht erwähnt. Im Text steht ironischerweise: »Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland stehen immer im Einklang mit dem Völkerrecht, dem Grundgesetz und den gesetzlichen

Vorgaben.« Wer mit solch reinem Gemüht in die Welt schaut, für den ist folgerichtig Russland der Hauptfeind. Es wird zweimal als »auf absehbare Zeit größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum« bezeichnet. China ist gemäß der NATO- und EU-Sprache »Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale«. In dem Dokument werden praktische Konsequenzen zumeist nur angedeutet – bis auf eine: Die Verteidigungsausgaben sollen ab kommendem Jahr »im mehrjährigen Durchschnitt« auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO-Staaten erhöht werden. Finanzminister Christian Lindner (FDP) will das »Sondervermögen Bundeswehr« in Höhe von 100 Milliarden Euro dafür ausgeben. Gegen Ende des Jahrzehnts müsse das aber aus dem normalen Haushalt kommen. Lindner bot dazu die Gürtelenger-Schnallen-Formel an: »Wir müssen aus der Zeit der Friedensdividende

in die Freiheits- und Friedensinvestitionen kommen.« Denn: »Wünschenswerte Vorhaben werden zurückgestellt werden müssen.« Zu den Freiheits- und Friedensinvestitionen gehört laut dem Papier, die Abhängigkeit bei Rohstoffen und Lieferketten zu verringern und auf »freie Handelswege« zu achten. Formulierungen wie in den bisherigen Weißbüchern der Bundeswehr, dass das global auch mit Waffen gesichert werden müsse, fehlen zwar. Auf die Frage eines Journalisten, ob Handelswege auch zukünftig mit Gewalt gesichert werden sollten, wich Scholz zunächst aus. Als der Fragesteller auf einer Antwort beharrte, behauptete der Kanzler wahrheitswidrig, eine solche Politik habe »noch nie eine Bundesregierung verfolgt«. Klar wurde: Sicherheitsmaßnahmen sollen auf das gesamte gesellschaftliche Leben ausgedehnt werden. In der Strategie heißt es, die Handlungsfähigkeit

Deutschlands nach außen hänge »zunehmend auch von seiner Resilienz im Inneren ab.« Der Weltraum zählt auch dazu. Laut Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen), die bei der Ausarbeitung federführend war, werden zum Beispiel Katastrophenschutz »wie an der Ahr«, Entwicklungshilfe, Kampf gegen Klimawandel, Schutz der Infrastruktur, Wasserversorgung, Bildung und Cyberraum einbezogen. Die im Koalitionsvertrag noch erwähnte Koppelung der Steigerung der Verteidigungs- und Entwicklungsausgaben im Verhältnis eins zu eins fällt ebenso weg wie eine Zurückhaltung bei Rüstungsexporten. Neben »resilient« ist »regelbasiert« die am meisten strapazierte Vokabel im Papier, weit vor »nachhaltig«. Über die Hohlwörter wird am Freitag im Bundestag diskutiert. Eine »China-Strategie« stellte der Kanzler für »bald« in Aussicht.

London: Demorecht per Dekret beschnitten

London. Die britische Regierung hat bei der Einschränkung des Demonstrationsrechts nachgelegt und dabei das Parlament umgangen. Per Verordnung wurde am Dienstagabend eine vom Oberhaus zunächst abgelehnte Verschärfung des »Public Order Acts« durchgesetzt. Als illegaler Protest gilt nun alles, was in »mehr als geringfügiger Weise« Störungen verursacht. Kritiker sprechen von einem »verfassungsrechtlichen Skandal«. Sie äußerten Sorge darüber, die Regierung könne auch in Zukunft per Dekret regieren, sollte das Oberhaus ihre Gesetzesvorhaben nicht durchwinken. Mit dem »Public Order Acts«, der Anfang Mai in Kraft trat, wurden Protestformen wie das Festketten oder Festkleben an Objekten und anderen Menschen zur Straftat gemacht. Die Regierung will damit Protestformen unterdrücken, wie sie etwa von Umweltaktivisten benutzt werden. (dpa/JW)

Mehr Geld für Krieg in der Welt

Berlin. Der deutsche Beitrag zum NATO-Kriegsbindnis wird in diesem Jahr kräftig steigen. Wie aus der Antwort des Bundesverteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Linke-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervorgeht, veranschlagt die Regierung Zahlungen von bis zu 537 Millionen Euro, ein Anstieg von mehr als 20 Prozent gegenüber den 446 Millionen Euro aus dem vergangenen Jahr. Grund dafür ist die Steigerung des NATO-Gesamtbudgets auf 3,32 Milliarden Euro im laufenden Jahr gegenüber 2,6 Milliarden Euro im Vorjahr. Die Ampelregierung solle sich »besser um die soziale Sicherheit in Deutschland kümmern und endlich dafür Sorge tragen, dass nicht länger jedes fünfte Kind in Armut groß werden muss«, kritisierte Dagdelen gegenüber AFP laut Meldung vom Mittwoch. Die Regierung verpulvere statt dessen »immer mehr Geld für die NATO-Aufrüstung und die US-Militärpräsenz in Deutschland«, so die Abgeordnete von Die Linke. (AFP/JW)

Mehr Flüchtlinge als je zuvor

UNHCR: 110 Millionen Schutzsuchende sind »Anklage gegen den Zustand der Welt«

Kriege und Krisen haben die Zahl von Flüchtlingen weltweit auf einen neuen Höchststand getrieben. »Wir haben 110 Millionen Menschen, die aufgrund von Konflikt, Verfolgung, Diskriminierung und Gewalt geflohen sind, oftmals in Verbindung mit anderen Motiven, insbesondere den Folgen des Klimawandels«, erklärte der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Genf. Die Zahl liegt um 19,1 Millionen Menschen höher als Ende 2021. Der Leiter des

UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR nannte diese Entwicklung eine »Anklage gegen den Zustand der Welt«. Verantwortlich seien insbesondere der Krieg in der Ukraine, die Kämpfe im Sudan sowie die humanitäre Krise in Afghanistan. Zwei Drittel der Schutzsuchenden bleiben dabei als Binnenflüchtlinge in anderen Teilen ihrer Herkunftsländer. Von den ins Ausland Geflohenen harren wiederum 70 Prozent in der Hoffnung auf eine baldige Heimkehr in Nachbarländern aus. Es sei ein Mythos, dass die Flüchtlinge vor allem in reiche Länder

etwa nach Europa oder Nordamerika strebten, betonte der Hochkommissar. So beherbergte die Türkei Ende 2022 die meisten Flüchtlinge, gefolgt von Iran, wohin viele Afghanen flohen, sowie Kolumbien. Deutschland liegt an vierter Stelle. Der Anstieg der Zahl der Vertriebenen werde begleitet von einer »feindseligen Umgebung, insbesondere wenn es um Flüchtlinge geht, fast überall«, beklagte Grandi. Die Asylsysteme seien dabei überlastet aufgrund fehlender legaler Migrationswege für Menschen, die in einem anderen Land Arbeit suchen wollten, so Grandi.

Die von Flüchtlingshilfsorganisationen als faktische Abschaffung des Asylrechts in der EU gewertete jüngste Einigung auf ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem begrüßte Grandi als »relativ fair«. Der UNHCR-Chef mahnte zugleich, die Tür müsse offenbleiben für Menschen, die Asyl suchen. Diese dürften nicht ins Gefängnis geworfen werden, denn »Asyl zu beantragen, ist kein Verbrechen«. Der EU-Plan sieht allerdings vor, Flüchtlinge bereits an den EU-Außengrenzen in Lagern zu internieren.

Nick Brauns

jW wird herausgegeben von 2.709 Genossinnen und Genossen (Stand 28.4.2023)
www.jungewelt.de/lpg

